

Modell Europa Parlament

Goethe-Gymnasium Schwerin

Ausschuss für Konstitutionelle Fragen

Ausschussvorsitzende: Fiona Petasch

Die Frage nach dem Umgang mit Populismus in der EU:

Welche Maßnahmen soll die EU angesichts der aktuellen Entwicklung in den Mitgliedsstaaten ergreifen, um gegen Nationalismus und Populismus vorzugehen?

Das Modell Europaparlament,

- A. angesichts der politischen Unzufriedenheit der Bürger,
- B. alarmiert von der mangelhaften Transparenz bei politischen Entscheidungen innerhalb der EU,
- C. besorgt über die Verbreitung falscher Fakten über Massenmedien,
- D. beunruhigt über die, durch Zuwanderungsbeschränkungen entstehende, Ungerechtigkeit in Europa,
- E. überzeugt von der Notwendigkeit das Wachstum des Populismus- Problems zu kontrollieren,
- F. besorgt über die sich von Populisten leicht beeinflussbaren Bürger,
- G. besorgt über den hohen wirtschaftlichen Unterschied innerhalb der Länder der EU und dem daraus resultierenden Populismus,
- H. besorgt über steigenden Wirtschafts Chauvinismus,

1. befürwortet transparenter zu handeln, indem
 - a. Dokumentationen der Verfahren angefertigt und auf originale Quelle nachweist werden
 - b. das Verfahren zeitlich verifiziert wird
2. unterstützt Synergien bei der Umsetzung von Programmen zu nutzen zur
 - a. Erhöhung der Zusammenarbeit von Kommunen, in denen die radikale Rechte aktiv ist
 - b. Erhöhung der Zusammenarbeit von Vereinen vor Ort und staatlichen Stellen
 - c. Vernetzung von Programmen und Institutionen, die sich mit Maßnahmen gegen Radikalismus beschäftigen
3. Fordert eine Institution aus Experten und Journalisten, die
 - a. verlässliche Informationen liefert
 - b. Aussagen von Politikern auf die Richtigkeit der Fakten kontrolliert
 - c. "fake news" in den Medien findet und aufklärt
4. wünscht, dass alle Staaten der EU sich mit mehr Kompromissbereitschaft an der Flüchtlingspolitik beteiligen
5. empfiehlt die freie Meinungsbildung in der EU zu unterstützen durch
 - a. die Sicherung der Vielfalt von Meinungsbildungsprozessen
 - b. unparteiische Aufklärung der Bürger durch öffentlich, rechtliche Sender bzw. Institutionen in Konferenzen und Seminare
 - c. bessere politische Aufklärung an Schulen
 - d. Bürgerforen
 - e. das Vorbeugen der Bildung einer Filterblase im Internet

6. empfiehlt auf den wirtschaftlichen Gleichstand der Länder zu achten durch Unterstützung der wirtschaftlich ärmeren Ländern der EU
7. bekräftigt die absolute Notwendigkeit sozial schwächere Bürger deutlich mehr zu unterstützen, indem man
 - a. den Mindestlohn einheitlich anhebt
 - b. mehr in den Dialog mit Bürgern geht
 - c. Förderprogramme in sozial schwächeren Gegenden durchführt
 - d. Schulen besser ausgestattet
 - e. gleichwertige Bildungsabschlüsse einführt
8. drängt zur Einschränkung von Machtmissbrauchs in der Wirtschaft durch
 - a. die Verfassung von Gesetzen der WHO
 - b. Regularien
 - c. Schließung der Steuerschlupflöcher
 - d. einheitliche Steuern in der EU
9. gründet den Fonds "FONDÜ"* zur Finanzierung aller oben genannten Maßnahmen

**Fonds Überwältigend*